

S A T Z U N G

über die

**Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling,
die Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Kusel
(Abfallsatzung)**

vom 22.11.2023

Der Kreistag hat aufgrund der §§ 17 und 19 der Landkreisordnung (LKO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 188), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24.05.2023 (GVBl. S. 133), des Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes (LKrWG) vom 22.11.2013 (GVBl. S. 459), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19.12.2018 (GVBl. S. 469) in Ausführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) und § 7 Abs. 2 der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) vom 18.04.2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700), folgende Satzung beschlossen, die hiermit öffentlich bekanntgemacht wird:

Inhaltsübersicht:

ERSTER ABSCHNITT: Allgemeines

- § 1 Aufgabe und öffentliche Einrichtung
- § 2 Förderung der Kreislaufwirtschaft, Absatzförderung
- § 3 Mitwirkung der Gemeinde- und Verbandsgemeindeverwaltungen
- § 4 Begriffsbestimmungen
- § 5 Umfang der Verwertungs- und Beseitigungspflicht
- § 6 Anschluss- und Benutzungspflicht
- § 7 Ausnahmen von Überlassungspflichten
- § 8 Art der Überlassung und technische Nachrüstung
- § 9 Entsorgung rechtswidrig abgelagerter Abfälle
- § 10 Eigentumsübergang

ZWEITER ABSCHNITT: Verwerten und Beseitigen

- § 11 Formen des Einsammelns
- § 12 Anzeige-, und Auskunftspflichten, Nachweis- und Duldungspflichten
- § 13 Vorhalten und Benutzen der Abfallbehältnisse
- § 14 Sammeln und Transport
- § 15 Abfuhr sperriger Abfälle
- § 16 Getrennte Überlassung von Problemabfällen
- § 17 Selbstanlieferung von Abfällen
- § 18 Elektro- und Elektronikaltgeräte

DRITTER ABSCHNITT: Ordnungswidrigkeiten

- § 19 Ordnungswidrigkeiten

VIERTER ABSCHNITT: Inkrafttreten

- § 20 In-Kraft-Treten

ERSTER ABSCHNITT

Allgemeines

§ 1

Aufgabe und öffentliche Einrichtung

- 1) Der Landkreis betreibt die Abfallentsorgung als öffentliche Einrichtung. Zweck dieser öffentlichen Einrichtung ist es, die Abfallvermeidung zu fördern, Abfälle zu verwerten oder gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Er berät im Rahmen der von ihm wahrgenommenen Aufgabe durch eigens bestellte Abfallberater über die Möglichkeiten zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen.
- 2) Der Landkreis kann zur Aufgabenerfüllung mit anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und privaten Dritten kooperieren sowie diese mit den hierfür erforderlichen Dienstleistungen beauftragen.
- 3) Der Landkreis ist für sein Gebiet gemäß § 3 Abs. 1 LKrWG der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger.

§ 2

Förderung der Kreislaufwirtschaft, Absatzförderung

- 1) Die Erzeuger und Besitzer von Abfällen sollen dazu beizutragen, dass Abfälle möglichst vermieden und nicht vermiedene Abfälle nach Möglichkeit zur Wiederverwendung vorbereitet, recycelt oder verwertet werden.
- 2) Der Landkreis hat bei der Beschaffung von Arbeitsmaterialien und Gebrauchsgütern sowie bei der Ausschreibung und der Vergabe öffentlicher Aufträge den Herstellern und Vertreibern solcher Produkte den Vorzug zu geben, die
 1. durch Vorbereitung zur Wiederverwendung oder durch Recycling von Abfällen, in energiesparenden, wassersparenden, schadstoffarmen, rohstoffarmen oder abfallarmen Produktionsverfahren oder aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt sind,
 2. sich durch besondere Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit, durch Wiederverwendbarkeit oder Verwertbarkeit auszeichnen oder
 3. die im Vergleich zu anderen Erzeugnissen zu weniger oder schadstoffärmeren Abfällen führen oder sonst umweltverträglicher als andere Produkte zu entsorgen sind,
 4. sofern die Produkte für den vorgesehenen Verwendungszweck geeignet sind und dadurch keine unzumutbaren Mehrkosten entstehen (umweltfreundliche Produkte).

- 3) Im Rahmen seiner Möglichkeiten wirkt der Landkreis ferner darauf hin, dass alle juristischen Personen und Gesellschaften des privaten Rechts, an denen er beteiligt ist, in gleicher Weise verfahren.

§ 3

Mitwirkung der Gemeinde- und Verbandsgemeindeverwaltungen

- 1) Die Ortsgemeinden, Städte und Verbandsgemeindeverwaltungen unterstützen den Landkreis bei der Erfüllung seiner Aufgaben zur Abfallentsorgung.
- 2) Die Ortsgemeinden, Städte und Verbandsgemeindeverwaltungen sind verpflichtet, der Kreisverwaltung auf Anfrage insbesondere die tatsächlichen Umstände mitzuteilen, die für die Anschlusspflicht oder die Gebührenerhebung und deren Umfang erheblich sind.
- 3) Mitteilungen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung erfolgen durch die Kreisverwaltung in den Bekanntmachungsorganen der Verbandsgemeindeverwaltungen.

§ 4

Begriffsbestimmungen

- 1) Zugelassene Abfallbehältnisse im Sinne dieser Satzung sind:
 1. Graue Restabfallbehältnisse mit grauem Deckel mit 60 / 120 / 180 / 240 / 1.100 Liter Fassungsvermögen für Abfälle, die zu beseitigen sind.
 2. Graue Bioabfallbehältnisse mit grünem Deckel mit 60 / 120 / 240 / 660 Litern Fassungsvermögen für verwertbare Bioabfälle.
 3. Graue Papierabfallbehältnisse mit blauem Deckel 240 / 1.100 Litern Fassungsvermögen für verwertbare Abfälle aus Papier, Pappe und Kartonage.
 4. Müllgroßbehälter für Abfälle zur Beseitigung aus privaten Haushaltungen und Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten mit folgenden Fassungsvermögen:
 - 5 cbm –offen oder gedeckelt
 - 7 cbm – offen oder gedeckelt
 - 10 cbm – offen oder gedeckelt
 - 20 cbm – offen oder gedeckelt
 - 36 cbm – offen oder gedeckelt
 5. Zum einmaligen Gebrauch bestimmte Wertstoffsäcke aus Papier mit einer Füllmenge von 120 Litern und der Aufschrift „Landkreis Kusel“ für die getrennte Sammlung von Papier, Pappe und Kartonage.

6. Zum einmaligen Gebrauch bestimmte Rest- und Bioabfallsäcke mit einer Füllmenge von 70 Litern und der Aufschrift „Landkreis Kusel“.
 7. Gelbe Säcke zur Sammlung von lizenzierten Verkaufsverpackungen nach dem Verpackungsgesetz (VerpackG) aus Kunststoff, Metall oder Verbundmaterialien, wobei für diese Sammlung ausschließlich die nach dem Verpackungsgesetz (VerpackG) zugelassenen Systembetreiber zuständig sind.
 8. Transparente Säcke zur Sammlung von lizenzierten Verkaufsverpackungen nach dem Verpackungsgesetz (VerpackG) aus Glas, wobei für diese Sammlung ausschließlich die nach dem Verpackungsgesetz (VerpackG) zugelassenen Systembetreiber zuständig sind.
-
- 2) Feste Abfallbehältnisse im Sinne dieser Satzung sind alle in Absatz 1 genannten Abfallbehältnisse mit Ausnahme der Abfallsäcke.
 - 3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, insbesondere dann, wenn ihm eine Hausnummer zugeteilt ist.
 - 4) Grundstückseigentümern stehen Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungserbbauberechtigte, Nießbraucher und sonstige zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte gleich.
 - 5) Als bewohnte Grundstücke im Sinne dieser Satzung gelten bebaute Grundstücke und sonstige zum Aufenthalt von Personen bestimmte Grundstücke, auch wenn sie nicht ständig bewohnt sind. Ein Grundstück gilt als ständig bewohnt, wenn es nicht länger als 90 Tage ununterbrochen unbewohnt ist.
 - 6) Abfälle aus privaten Haushalten sind solche Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens. Private Haushaltungen im Sinne dieser Satzung sind auch Personengemeinschaften sowie Einzelpersonen, die eine selbständig bewirtschaftete oder in sich geschlossene Wohnungseinheit mit eingerichteter Küche bzw. Kochnische innehaben, auch wenn sie ganz oder teilweise von anderen Haushaltungen versorgt werden.

- 7) Gewerbliche Siedlungsabfälle sind Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Anlage der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis vom 10. 12. 2001 (BGBl. S. 3379), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung (BGBl. I S. 1619, berichtigt in BGBl. I 2007, S.2316) aufgeführt sind, insbesondere
- 1) gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen auf Grund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung ähnlich sind, sowie
 - 2) Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen mit Ausnahme der in Absatz 6 genannten Abfälle.
- Als Anfallstellen mit Abfällen aus sonstigen Herkunftsbereichen im Sinne dieser Satzung gelten neben Industrie- und Gewerbebetrieben insbesondere auch Verwaltungen, Schulen, Kasernen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Arztpraxen, Notar-/Rechtsanwaltspraxen, Ingenieur-/Architekturbüros, Büros von Freiberuflern und Parteien oder vergleichbaren Vereinigungen, Apotheken, Kirchen, Dorfgemeinschaftshäuser, Sportanlagen, Friedhöfe, Durchgangwohnheime, Kindertagesstätten, Campingplätze, Banken und Kreditinstitute sowie Verkaufsstellen für landwirtschaftliche Produkte (z. B. Hof- und Bioläden).
- 8) Beschäftigte im Sinne dieser Satzung sind alle in einem anderen Herkunftsbereich als private Haushaltungen Tätige (z. B. Arbeitnehmer, Unternehmer, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte. Beschäftigte, die weniger als die Hälfte der branchenüblichen Arbeitszeit beschäftigt sind, werden bei der Veranlagung zu einem Viertel berücksichtigt.
- 9) Als Eigenkompostierer gelten die an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücke -mit Ausnahme der gewerblich genutzten Grundstücke-, auf denen die dort anfallenden kompostierbaren organischen Garten- und Küchenabfälle (Bioabfälle) nachweislich selbst kompostiert werden und somit nicht der öffentlichen Abfallabfuhr überlassen werden. Sonstige Bioabfälle wie z.B. gekochte Speisereste, Fleisch, Käse, Backwaren, usw. sind über die Biotonne zu entsorgen.
- 10) Kleinmengen im Sinne des zweiten Abschnitts sind überlassene Abfälle von bis zu zwei Kubikmeter Menge.

§ 5

Umfang der Verwertungs- und Beseitigungspflicht

- 1) Die Pflicht des Landkreises zur Abfallentsorgung umfasst die Verwertung und die Beseitigung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und von zur Beseitigung überlassenen Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen. § 14 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1739), in der jeweils gültigen Fassung bleibt unberührt. Maßnahmen der Abfallentsorgung sind das Sammeln, Einsammeln durch Hol- und Bringsysteme, Befördern, Lagern und Behandeln von Abfällen. Abfälle werden so eingesammelt, dass die Möglichkeiten zur vorrangigen Abfallverwertung genutzt werden können.

- 2) Der Landkreis verwertet und beseitigt im Rahmen des Absatzes 1 alle Abfälle mit Ausnahme
 1. der in § 2 Abs. 2 KrWG genannten Stoffe und Abfälle,
 2. der Abfälle, die gem. § 17 Abs. 2 KrWG nicht der Überlassungspflicht unterliegen,
 3. der Abfälle, die nach Maßgabe der Ersten Landesverordnung zur Durchführung des Abfallbeseitigungsgesetzes vom 04.07.1974 (GVBL. S 344) in der jeweils gültigen Fassung außerhalb zugelassener Anlagen beseitigt werden,
 4. von Abfällen, die gem. § 8 Abs. 4 LKrWG der Zentralen Stelle für Sonderabfälle anzudienen sind und gem. § 4 Abs. 4 Satz 1 LKrWG nicht der Entsorgungspflicht des Landkreises unterliegen,
 5. sonstiger Abfälle, die gem. § 4 Abs. 4 Satz 2 LKrWG mit Zustimmung der zuständigen Struktur- und Genehmigungsdirektion von der Entsorgung ausgenommen sind,
 6. von Altfahrzeugen nach der Altfahrzeugverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2214) in der jeweils gültigen Fassung,
 7. von explosiven Stoffen
 8. von leicht vergasenden Stoffen
 9. von Asche und Schlacke im heißen Zustand,
 10. von Eis und Schnee,
 11. von Flüssigkeiten und Schlämmen mit mehr als 65% Wassergehalt,
 12. von Stallmist, Jauche, Gülle, Fäkalien.
 13. von Abfällen, für die Rücknahmeverpflichtungen durch Rechtsverordnungen nach § 25 KrWG eingeführt sind, soweit nicht der Landkreis bei der Rücknahme mitwirkt,
 14. von Gewerbeabfällen, soweit Dritten Pflichten zur Entsorgung nach den §§ 16, 17, 18 des außer Kraft getretenen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes übertragen worden sind und die Übertragung nach § 72 Abs. 1 KrWG fort gilt.

Der Landkreis kann einen Nachweis darüber verlangen, dass bei Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen eine Verwertung durch den Erzeuger oder Besitzer nicht möglich ist. Er kann auch einen Nachweis darüber verlangen, dass es sich um einen der Entsorgungspflicht unterliegenden Stoff handelt. Von der Entsorgungspflicht ausgenommene Abfälle hat der Abfallbesitzer zu entsorgen.

- 3) Soweit Abfälle durch den Landkreis zu verwerten oder zu beseitigen sind, werden vom Sammeln und Befördern durch den Landkreis Flüssigkeiten, Altreifen, Erdaushub, Bauschutt, Klärschlamm sowie Abfälle aus Tierhaltungen (ausgenommen Kleintierhaltung), Straßenaufbruch sowie Abfälle, die nicht aus privaten Haushaltungen herrühren und nicht in zugelassenen Abfallbehältnissen gesammelt werden können, ausgenommen. Der Abfallbesitzer hat für die Beförderung dieser Abfälle zu der vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bestimmten Anlage selbst zu sorgen. Er hat dies dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger auf Verlangen anzuzeigen.

§ 6

Anschluss- und Benutzungspflicht

- 1) Eigentümer von bewohnten Grundstücken im Gebiet des Landkreises sind im Rahmen dieser Satzung verpflichtet, ihre Grundstücke an die Abfallentsorgung des Landkreises anzuschließen.
- 2) Soweit Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen dem Landkreis zu überlassen sind, sind auch die Eigentümer dieser Grundstücke, auf denen solche Abfälle anfallen, verpflichtet, ihre Grundstücke an die Abfallentsorgung des Landkreises anzuschließen.
- 3) §§ 15 und 16 dieser Satzung bleiben unberührt.
- 4) Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes eine im Einzelfall von den Absätzen 1 und 2 abweichende Regelung treffen.

§ 7

Ausnahmen von Überlassungspflichten

- 1) Anschluss- und Benutzungspflichten bestehen nicht,
 1. soweit Abfälle nach § 5 Abs. 2 oder 3 von der Abfallentsorgung ausgeschlossen sind,
 2. soweit Abfälle, die nicht gefährliche Abfälle sind, durch gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden,
 3. soweit Abfälle, die nicht gefährliche Abfälle sind, durch gewerbliche Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden, wenn und soweit dies dem Landkreis nachgewiesen wird und nicht überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen.

- 2) Eine Befreiung von den Anschluss- und Benutzungspflichten wird auf Antrag erteilt,
 1. soweit der Erzeuger oder Besitzer von Abfällen aus privaten Haushaltungen nachweist, dass er Abfälle zur Verwertung (Bioabfälle) selbst auf dem von ihm im Rahmen seiner privaten Lebensführung genutzten Grundstück ordnungsgemäß und schadlos verwertet (Eigenverwertung).

Eine Verwertung von Bioabfällen auf seinem eigenen Grundstück und damit am Ort der Entstehung im Sinne des Abs. 2 Ziffer 1 Satz 1 setzt voraus, dass

 - eine fachgerechte Eigenkompostierung betrieben wird,
 - alle auf dem Grundstück anfallenden Bioabfälle -soweit diese nicht auf den Grünschnittsammelstellen des Landkreises entsorgt werden können- dieser Eigenkompostierung zugeführt werden,
 - eine Gartenfläche (Rasenfläche, Fläche mit Obst- und Gemüseanbau, o.ä.) von mindestens 40 m² je Person im Haushalt zur Verfügung steht,
 - der selbstproduzierte Kompost zweckentsprechend und vollständig auf dem Grundstück verwendet wird,
 - zumindest das Vorhandensein eines Thermokomposters mit in Rotte befindlichem Material nachgewiesen wird,
 2. soweit der Erzeuger oder Besitzer von Gewerbeabfällen nachweist, dass keine Abfälle zur Beseitigung anfallen,
 3. soweit der Erzeuger oder Besitzer von Gewerbeabfällen nachweist, dass er diese Abfälle in eigenen Anlagen beseitigt (Eigenbeseitigung) und überwiegende öffentliche Interessen eine Überlassung an die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung nicht erfordern,
 4. soweit der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger bei Vorliegen eines wichtigen Grundes hiervon im Einzelfall ganz oder teilweise absieht.

§ 8

Art der Überlassung und technische Nachrüstung

- 1) Abfälle zur Verwertung und Abfälle zur Beseitigung sind getrennt zu überlassen.
- 2) Abfälle zur Verwertung sind wie folgt getrennt zu überlassen:
 1. Papier, Pappe und Kartonage in grauen Behältnissen mit blauem Deckel, in Wertstoffsäcken (maximal 15 kg pro Sack) oder als Bündel. Die einzelnen Bündel sind mit den maximalen Ausmaßen von 30x40x30 cm (Höhe, Länge, Breite) neben dem Abfallsammelbehälter bzw. den Wertstoffsäcken bereitzustellen und dürfen insgesamt ein Volumen von 240 l nicht übersteigen.
 2. Mischglas in transparenten Wertstoffsäcken
 3. Leichtverpackungen des Dualen Systems nach dem Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen (VerpackG), bestehend aus Metallen, Kunststoffen u. Verbunden in gelben Wertstoffsäcken
 4. Bioabfälle in grauen Behältnissen mit grünem Deckel oder Bioabfallsäcken
 5. Baum- und Strauchschnitt bis 150 cm Länge und bis zu 12 cm Astdurchmesser sowie Rasenschnitt und Laubabfälle auf Grünschnittsammelstellen
 6. Elektro- und Elektronikaltgeräte (Elektronikschratt), Gerätebatterien, Leuchtstoffröhren bzw. Energiesparleuchten an den vom Landkreis bestimmten Stellen. Gerätebatterien, Leuchtstoffröhren und Energiesparleuchten darüber hinaus am Umweltmobil
 7. Sperrmüll im Holsystem oder auf der Deponie Schneeweiderhof
- 3) Bauabfälle sind in schadstoffhaltige und verwertbare Abfälle zu trennen. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann bestimmen, dass verwertbare Bauabfälle nach Fraktionen zu überlassen sind.
- 4) Auf Antrag des nach der Abfallgebührensatzung Gebührenpflichtigen können die dem Grundstück zuzuordnenden Bioabfallbehälter gegen Gebühr mit einem Biofilterdeckel ausgerüstet werden.
- 5) Die Art und Weise des Überlassungsweges bestimmt sich zusätzlich nach Abschnitt 2 dieser Satzung.

§ 9

Entsorgung rechtswidrig abgelagerter Abfälle

- 1) Werden Abfälle rechtswidrig auf Grundstücken abgelagert, die im Eigentum oder im Besitz des Landes, der kommunalen Gebietskörperschaften oder deren Verbände stehen und kann der nach § 16 Abs. 1 LKrWG Verpflichtete nicht in Anspruch genommen werden,

haben diese Körperschaften die Abfälle zusammenzutragen und dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger an der folgenden Anlaufstelle zu überlassen:

Kreismülldeponie Schneeweiderhof

Der Landkreis legt noch weitere Anlaufstellen fest. Die Entscheidung über die Einrichtung der zusätzlichen Anlaufstellen trifft der Kreisausschuss.

- 2) Rechtswidrig abgelagerte Abfälle, die auf Straßen außerhalb der Ortsdurchfahrten anfallen, sind von der zuständigen Straßenbaubehörde zusammenzutragen und dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger an folgender Anlaufstelle zu überlassen:

Kreismülldeponie Schneeweiderhof

§ 10

Eigentumsübergang

- 1) Der Abfall geht mit dem Verladen auf den Abfuhrwagen in das Eigentum des Landkreises über. Wird Abfall nach §§ 15, 16 und 17 vom Erzeuger oder Besitzer oder für diese durch einen Dritten zu einer Anlage des Landkreises gebracht, geht dieser Abfall mit dem gestatteten Abladen in das Eigentum des Landkreises über.
- 2) Der Landkreis ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen oder wertvollen Gegenständen zu suchen.
- 3) Unbefugte dürfen bereitgestellte Abfallbehältnisse oder Abfälle nicht durchsuchen oder entfernen.

ZWEITER ABSCHNITT

Verwerten und Beseitigen

§ 11

Formen des Einsammelns

- 1) Im Rahmen des Bringsystems bestehen für den Abfallerzeuger oder Abfallbesitzer folgende Überlassungsmöglichkeiten:
 1. Problemabfälle, Gerätebatterien, Leuchtstoffröhren und Energiesparleuchten aus privaten Haushaltungen (Umweltmobil)
 2. Elektronikschrott, Gerätebatterien, Leuchtstoffröhren und Energiesparleuchten (Elektroschrottsammelstellen)
 3. Baum-, Rasen- und Strauchschnitt, Laubabfälle (Grünschnittsammelstellen)
 4. Altkleider Textilien und Schuhe (Sammelcontainer)
 5. Kleinmengen unbelasteten Erdaushub oder Bauschutt (Bauschuttanahmestellen)

- 2) Im Rahmen des Holsystems (Abholung am angeschlossenen Grundstück) sind vom Abfallerzeuger oder Abfallbesitzer zu überlassen:
 1. Restabfall
 2. Bioabfall
 3. Sperrmüll
 4. Papier, Pappe und Kartonage
 5. Leichtverpackungen
 6. Altglas

- 3) Die Systeme nach Absatz 1 und 2 können auch kombiniert eingerichtet werden.

§ 12

Anzeige- und Auskunftspflichten, Nachweis- und Duldungspflichten

- 1) Der Pflichtige im Sinne des § 6 muss dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger jedes anschlusspflichtige Grundstück schriftlich anzeigen. Er hat ferner über Art und Umfang der hierauf anfallenden und überlassungspflichtigen Abfälle sowie die Zahl der auf dem Grundstück wohnenden Personen/Haushalte bzw. die ausgeübte gewerbliche oder industrielle Nutzung sowie die Anzahl der Beschäftigten Auskunft zu geben. Beim Wechsel sind sowohl der bisherige als auch der neue Pflichtige anzeigepflichtig. Eine derartige

Anzeige ist auch dann zu erstatten, wenn Änderungen eingetreten sind. Hierzu zählt auch die Änderung der Personenanzahl bereits veranlagter Haushalte. Soweit mit der Anzeige Änderungen der Gebührenpflicht verbunden sind, werden diese frühestens zum Ersten des auf den Eingang der Anzeige folgenden Monats berücksichtigt.

- 2) Erzeuger und Besitzer von Abfällen zur Verwertung aus nicht-privaten Haushaltungen sind verpflichtet, dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger auf Verlangen die ordnungsgemäße Verwertung dieser Abfälle nachzuweisen. Der Nachweis ist in der Regel geführt, wenn die Abfälle einem ordnungsgemäß arbeitenden Recyclingunternehmen übergeben wurden.
- 3) Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, sind verpflichtet, das Aufstellen zur Erfassung notwendiger Behältnisse sowie das Betreten des Grundstücks zum Zwecke des Einsammelns und zur Überwachung der Getrennthaltung und Verwertung von Abfällen zu dulden (§ 19 Abs. 1 KrWG).
- 4) Soweit es die Überwachung der Verpflichtungen nach dem KrWG, dem Abfallverbringungsgesetz (AbfVerbrG) vom 19.07.2007 (BGBl. I S. 1462) in der jeweils gültigen Fassung, dem Batteriegelgesetz (BattG) vom 25.06.2009 (BGBl. I S. 1582) in der jeweils gültigen Fassung, dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1739) in der jeweils gültigen Fassung oder dem LKrWG erfordert, kann der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger Einsicht in die Unterlagen nach § 47 KrWG nehmen.

§ 13

Vorhalten und Benutzen der Abfallbehältnisse

- 1) Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger stellt die zur Aufnahme des abzuholenden Abfalls vorgeschriebenen Abfallbehältnisse in ausreichender Zahl zur Verfügung. Der Anschlusspflichtige hat dafür zu sorgen, dass die Abfallbehältnisse ordnungsgemäß benutzt werden können. Die zur Verfügung gestellten Abfallbehältnisse sind schonend und sachgemäß zu behandeln. Feste Abfallbehältnisse sind bei Bedarf zu reinigen; Reparaturen dürfen nur durch den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder den von ihm hiermit beauftragten Unternehmen vorgenommen werden. Beschädigungen oder Verlust von festen Abfallbehältnissen sind dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Für Schäden an festen Abfallbehältnissen haftet der Anschlusspflichtige, falls dieser die Schäden schuldhaft verursacht.

- 2) Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger bestimmt, welche Behälter vorzuhalten sind.
- 3) Für anschlusspflichtige bewohnte Grundstücke ist, soweit keine Ausnahme nach § 7 vorliegt, grundsätzlich mindestens je ein Behältnis zur Verwertung von Bioabfällen und Abfällen aus Papier, Pappe und Kartonage (Abfälle zur Verwertung) sowie ein Behältnis für Abfälle zur Beseitigung vorzuhalten.

Pro Woche und Haushalt sind bei bewohnten Grundstücken mindestens 30 Liter Gefäßvolumen für Abfälle zur Verwertung (Bioabfälle) vorzuhalten. Das benötigte Behältervolumen für Bioabfall (60-Liter-Gefäße, 120-Liter-Gefäße oder 240-Liter-Gefäße) kann vom Anschlusspflichtigen nach den individuellen Gegebenheiten selbst bestimmt werden. Wertstoffsäcke zur Sammlung von Bioabfällen werden dem Anschlusspflichtigen in der erforderlichen Zahl zur Verfügung gestellt.

Für die Entsorgung von Abfällen aus Papier, Pappe und Kartonagen werden grundsätzlich ein 240 Liter Behälter je Haushalt/ Behältergemeinschaft bereitgestellt. Bei nachgewiesenem Mehrbedarf kann ein weiterer 240 Liter Behälter gestellt werden. Alternativ können Abfälle aus Papier, Pappe und Kartonagen gegen eine zusätzliche Gebühr auch in Wertstoffsäcken (§ 4 Abs. 1 Ziffer 5) gesammelt werden. Die Anzahl der jährlich je Haushalt/Behältergemeinschaft bereitgestellten Wertstoffsäcke legt der öffentlich-rechtlich Entsorgungsträger fest.

Für Abfälle zur Beseitigung sind pro Woche und Person bei bewohnten Grundstücken mindestens 7,5 Liter Gefäßvolumen vorzuhalten. Grundsätzlich wird jedem Haushalt ein Abfallgefäß für Abfälle zur Verwertung und ein Abfallgefäß für Abfälle zur Beseitigung zugeteilt. Die Größe und Anzahl der erforderlichen Behälter richtet sich nach der Zahl der Bewohner. Als Bewohner zählt jede Person, die sich tatsächlich ohne Rücksicht auf die Meldepflicht auf dem Grundstück aufhält (z.B.: Angehörige der US-Streitkräfte). Für bewohnte Grundstücke sind mindestens folgende Restabfallgefäße vorzuhalten:

für 1-2 Personen-Grundstücke	60-Liter-Gefäße
für 2-4 Personen-Grundstücke	120-Liter-Gefäße
für 5-6 Personen-Grundstücke	180-Liter-Gefäße
für 7-8 Personen-Grundstücke	240-Liter-Gefäße

Ab dem 9. Bewohner pro Grundstück wird unter Berücksichtigung von 60-, 120- und 240-Liter-Gefäßen und eines vierwöchigen Abfuhrhythmus ein Mindestgefäßvolumen von 7,5 Litern pro Bewohner und Woche zugrunde gelegt. Das benötigte Behältervolumen wird jeweils durch die geringste mögliche Anzahl von Behältnissen bereitgestellt.

- 4) Für Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als Haushalten ist grundsätzlich ein zusätzliches Behältnis mit ausreichendem Behältervolumen je Betriebseinheit (Betrieb, Geschäft, Büro, Praxis usw.) vorzuhalten. Die Bestimmung der vorzuhaltenden Behältergröße erfolgt nach Prüfung der Plausibilität der vom Anschlusspflichtigen vorzulegenden Daten und Unterlagen (§ 12 Abs. 1). Die Mindestgröße des Restabfallgefäßes beträgt bei einem 4-wöchigen Abfuhrhythmus 60 Liter. Kann die Plausibilität nicht festgestellt werden, wird für Anfallstellen von gewerblichen Siedlungsabfällen zur Beseitigung die Restmüllbehälterkapazität pro Woche unter Zugrundelegung von Einwohnergleichwerten ermittelt. Je Einwohnergleichwert wird ein Mindestvolumen von 7,5 Litern pro Woche zur Verfügung gestellt. Einwohnergleichwerte werden nach folgender Regelung festgestellt:

Unternehmen / Institution	Je Platz / Beschäftigten / Bett	Einwohnergleichwert
Krankenhäuser / Kliniken u.ä. Einrichtungen	je Platz	1
öffentl. Verwaltungen, Geldinstitute, Verbände, Krankenkassen, Versicherungen, selbständig Tätige der freien Berufe, selbständige Handels-, Industrie- und Versicherungsvertreter	je 3 Beschäftigte	1
Speisewirtschaften, Imbisstuben	je Beschäftigten	4
Gaststättenbetriebe, die nur als Schankwirtschaft konzessioniert sind, Eisdielen	je Beschäftigten	2
Beherbergungsbetriebe, Campingplätze, Ferienhäuser, Ferienwohnungen	je 4 Betten/Stellplätze	1
Lebensmitteleinzel- und Großhandel	je Beschäftigten	2
Sonstiger Einzel- und Großhandel	je Beschäftigten	0,5
Industrie, Handwerk und übrige Gewerbe	je Beschäftigten	0,5

Werden auf einem Grundstück mehrere Nutzungsarten von einem Inhaber ausgeübt, gelten diese als eine Betriebseinheit. Ergeben sich bei der Veranlagung Bruchteile von Einwohnergleichwerten, ist ab einer ersten Nachkommastelle von 5 auf einen vollen Einwohnergleichwert auf- und im Übrigen auf einen vollen Einwohnergleichwert abzurunden.

Für die Entsorgung von Abfällen aus Papier, Pappe und Kartonagen aus anderen Herkunftsbereichen (Abfälle zur Verwertung) kann der Anschlusspflichtige die Zahl und Größe der Abfallbehältnisse in den Grenzen dieser Satzung (§ 4 Abs. 1 Nr. 3) grundsätzlich frei auswählen. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann vom Grundsatz der freien Behälterwahl abweichen und die vorzuhaltenden Behälter selbst bestimmen, wenn das beantragte Behältervolumen in grobem Missverhältnis zum bereitgestellten Restabfallvolumen steht.

- 5) Für Grundstücke, die sowohl Wohn- als auch Gewerbebezwecken dienen, sind neben den für den Wohnteil erforderlichen Mindestbehältnissen zusätzlich die für den Gewerbeanteil erforderlichen Mindestbehältnisse vorzuhalten. Zusätzliche Abfallbehältnisse entfallen, wenn die für den Wohnzweck ausgewählten Behältnisse zur Entsorgung des gesamten Abfalls objektiv ausreichen.
- 6) Auf Antrag stellt der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger weitere Behältnisse zur Verfügung. Wird festgestellt, dass die vorhandenen festen Abfallbehältnisse für die Aufnahme des regelmäßigen Abfalls nicht ausreichen und sind zusätzliche Abfallbehältnisse nicht beantragt worden, so haben die Anschlusspflichtigen nach schriftlicher Aufforderung durch den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger die erforderlichen Abfallbehältnisse entgegenzunehmen und zu benutzen. Soweit die Behälterwahl nach dieser Satzung frei bestimmbar ist oder zusätzliche Gefäße beantragt werden können, kann der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger von dem gewählten Behältervolumen abweichen, wenn Umstände ersichtlich werden, die darauf schließen lassen, dass die Zahl und Größe der freigelegten Abfallbehältnisse nicht in vollem Umfang genutzt werden.
- 7) Für mehrere benachbarte anschlusspflichtige Grundstücke können auf Antrag für diese gemeinsame Abfallbehältnisse zugelassen werden, soweit die örtlichen Gegebenheiten dies erfordern. Das gleiche gilt für Wohngrundstücke mit mehreren Wohnungen oder Haushalten. Das Volumen der gemeinsam genutzten Gefäße für Rest- und Bioabfälle darf das Volumen der zuvor jeweils getrennt genutzten Abfallbehältnisse nicht unterschreiten. Die Anschlusspflichtigen haben dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger eine verantwortliche Person schriftlich zu benennen.
- 8) In die Behälter für Restabfälle dürfen nur diejenigen Abfälle eingefüllt werden, die nicht nach § 5 von der Entsorgung bzw. von der Pflicht zum Einsammeln und Befördern ausgenommen oder nach § 8 und § 16 getrennt bereitzustellen oder zu den Sammelstellen zu bringen sind.
- 9) In die grauen Behälter mit grünem Deckel für Bioabfälle müssen alle organischen Abfälle, wie z.B. Küchenabfälle, Essensreste, Fleisch- und Fischabfälle, Küchenkrepp, geruchs- und feuchtigkeitsbindendes Papier, Eierschalen, Eier-Pappkartons usw., eingefüllt und zur Abfuhr bereitgestellt werden. Sammelbeutel aus biobasierten oder biologisch abbaubaren Kunststoffen dürfen nicht verwendet werden.
- 10) Sofern aus topographischen oder verkehrstechnischen Gründen oder aus Gründen der Unfallverhütung Abfallbehälter nicht an der straßenseitigen Grundstücksgrenze bzw. an

einem nahe gelegenen Standplatz geleert werden können, kann der öffentlich rechtliche Entsorgungsträger einen geeigneten Sammel-Standplatz bzw. Sammel-Bereitstellungsplatz bestimmen. Die Anschlusspflichtigen sind zur Benutzung der festgelegten Standplätze verpflichtet. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann hierzu auch die Benutzung von zum einmaligen Gebrauch bestimmten Abfallsäcken zulassen. Die Pflicht zur Nutzung der Sammelplätze gilt für sämtliche abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen im Holsystem.

- 11) Für sonstige bebaute und zum Aufenthalt von Personen bestimmte, aber nicht ständig bewohnte Grundstücke (z.B. Wochenendhäuser, Ferienwohnungen), sind die Abfälle in den vom Landkreis zugelassenen Abfallbehältnissen zur Abfuhr an den vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bestimmten Aufstellplätzen bereitzustellen. Für diese Grundstücke können auch gemeinsame Abfallbehältnisse mit entsprechender größerer Kapazität zugelassen werden. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger bestimmt im Einzelfall, welche Abfallbehältnisse vorzuhalten sind.
- 12) Für die Sammlung von Rest- und Bioabfällen, insbesondere wenn diese vorübergehend verstärkt anfallen, dürfen neben den festen Abfallbehältnissen nur die für den einmaligen Gebrauch bestimmten Abfallsäcke mit der Aufschrift "Landkreis Kusel" verwendet werden, die bei den vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger beauftragten Vertriebsstellen käuflich zu erwerben sind. Die auf den Abfallsäcken aufgedruckten Verwendungsvorschriften sind zu beachten.
- 13) Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger bestimmt Form und Umfang der Benutzung der zugelassenen Abfallbehältnisse.
- 14) Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann für die Standplätze der Abfallbehältnisse Regelungen treffen.
- 15) Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger ist berechtigt, mit den Eigentümern von Mietwohngrundstücken mit häufigem Mieterwechsel aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung eine an der Durchschnittsbelegung orientierte Pauschalveranlagung zu vereinbaren.

§ 14

Sammeln und Transport

- 1) Die vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu entsorgenden Abfälle werden unbeschadet des Absatzes 7 und der §§ 16 bis 18 dieser Satzung an dem Grundstück, an dem die Abfälle angefallen sind oder, sofern es erforderlich ist, an einem anderen geeigneten Abholort durch Aufladen der Abfälle oder Entleeren bzw. Mitnahme der bereitgestellten und für die betreffende Abfallart zugelassenen Abfallbehältnisse entsorgt. Andere als die zugelassenen Abfallbehältnisse werden nicht entleert bzw. mitgenommen.
- 2) Beistellungen sind unzulässig. Hiervon ausgenommen ist die Beistellung von nach dieser Satzung zugelassener Bioabfallsäcke zu den Bioabfallbehältnissen, von nach dieser Satzung zugelassener Restabfallsäcke zu den Restabfallbehältnissen sowie Papier-, Pappe- und Kartonagenbündel zu den Papierabfallbehältnissen bzw. den alternativ bereitgestellten Wertstoffsäcken aus Papier.
- 3) Die Abfallbehältnisse für Bioabfälle sowie die Wertstoffsäcke für Leichtverpackungen werden regelmäßig 14-täglich abgefahren. Abfallbehältnisse für Abfälle zur Beseitigung und Abfallbehältnisse zur Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen sowie Mischglas werden regelmäßig 4-wöchentlich abgefahren. Die gebührenpflichtige Windsacktour findet an den Tagen statt, an denen ausschließlich Bioabfälle abgefahren werden. Die Entleerung bzw. die Abfuhr der Müllgroßbehälter nach § 4 Abs. 1 Ziff. 3 erfolgt auf Abruf. Der für die Abfuhr vorgesehene Wochentag wird gem. § 3 Abs. 3 bekannt gegeben. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann im Einzelfall oder für Abfuhrbereiche einen längeren oder kürzeren Zeitraum für die regelmäßige Abfuhr festlegen; in diesem Fall hat der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger den Abfuhrtag nach Satz 5 bekanntzugeben oder den betroffenen Anschlusspflichtigen schriftlich mitzuteilen. Muss der Zeitraum der regelmäßigen Abfuhr aus besonderen Gründen verlegt werden, soll dies rechtzeitig veröffentlicht werden. Unterbleibt dies, können hieraus keine Ansprüche, insbesondere Gebührenerstattungen, hergeleitet werden.
- 4) Die Abfallbehältnisse sind von den Überlassungspflichtigen am Abfuhrtag bis spätestens 6:00 Uhr, frühestens am Vorabend, so bereitzustellen, dass der Abfuhrwagen an die Aufstellplätze heranfahren kann und das Laden sowie der Abtransport ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich ist. Der Überlassungspflichtige muss hierzu erforderlichenfalls die Abfallbehältnisse zu einem geeigneten Aufstellort bringen. Die Aufstellung muss so erfolgen, dass Fahrzeuge und Fußgänger nicht behindert oder gefährdet werden. Weisungen

der Beauftragten des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers hinsichtlich der Aufstellplätze sind zu befolgen.

- 5) Nach der Leerung oder wenn die zugelassenen Abfallbehältnisse nicht zu dem festgelegten Zeitpunkt abgefahren, bzw. entleert wurden, ist der Überlassungspflichtige verpflichtet, die Abfallbehältnisse von der öffentlichen Verkehrsfläche zu entfernen und zu sichern.
- 6) Die Abfallbehältnisse sind stets geschlossen zu halten. Die festen Abfallbehältnisse dürfen nur so gefüllt werden, dass ihre Deckel noch gut schließen und eine spätere ordnungsgemäße Entleerung möglich ist; insbesondere ist ein Einstampfen und Einschlämmen sowie das Einfüllen von brennenden, glühenden oder heißen Abfällen nicht erlaubt. Entsprechende Weisungen der Beauftragten des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers sind zu befolgen.
- 7) Abfallbehältnisse, die zu schwer sind oder bei denen die geltenden Befüllungs-, Verpackungs- oder Verwendungsvorschriften nicht beachtet sind, werden nicht entleert bzw. abgefahren.
- 8) Können Abfallbehältnisse aus einem vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nicht zu vertretenden Grund nicht entleert oder abgefahren werden, so erfolgt die Entleerung oder Abfuhr erst am nächsten regelmäßigen Abfuhrtag.
- 9) Bei Straßenbauarbeiten oder sonstigen Straßensperrungen haben die Überlassungspflichtigen die Abfallbehältnisse an die nächste befahrbare Straße zu verbringen.
- 10) Bei sonstigen vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen und Ausfällen der Abfuhr, insbesondere infolge von Betriebsstörungen, betriebsnotwendigen Arbeiten, behördlichen Verfügungen oder höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz oder Entschädigung.

§ 15

Abfuhr sperriger Abfälle

- 1) Sperrige Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen in haushaltsüblichen Menge, die infolge ihrer Größe oder Beschaffenheit auch nach einer Zerkleinerung nicht in die zugelassenen Abfallbehältnisse aufgenommen werden können oder das Entleeren erschweren, können auf der Deponie Schneeweiderhof angeliefert

werden oder werden auf fernmündlichen oder schriftlichen Antrag abgefahren (Einzelabruf). Beim Einzelabruf setzt der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger den Termin zur Abholung der sperrigen Abfälle fest.

- 2) Entsorgt werden jährlich wahlweise 2 x 2 cbm oder 1 x 4 cbm Sperrmüll. Die Entsorgungsberechtigung ist nicht übertragbar.
- 3) Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann verlangen, dass verwertbare sperrige Abfälle getrennt nach Wertstoffarten bereitzustellen sind.
- 4) Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger entscheidet im Zweifelsfall, welche Gegenstände als Sperrmüll entsorgt werden. Zum Sperrmüll gehören insbesondere nicht:
 1. Bauschutt bzw. Teile, die von Bau- und Umbauarbeiten herrühren, wie Steine, Holzgebälk, Ziegel, Tapetenreste,
 2. Altglas, Altpapier, Verpackungsmaterial aus Kunststoff, Grünabfälle,
 3. mit Schadstoffen verunreinigte Gegenstände,
 4. ungereinigte Öltanks und Ölfässer,
 5. Altreifen, Autowracks, Autoteile, Motorräder, Mopeds,
 6. Häuslicher Abfall (nicht-sperriger Hausmüll),
 7. gewerbliche Abfälle aller Art,
 8. Erde, Straßenkehricht, Steine.
- 5) Von der Abfuhr ausgenommen sind sperrige Abfälle, die aufgrund ihrer Einzelgröße (Höchstbreite 1,70 m, Höchstlänge 2,00 m) oder ihres Einzelgewichts (Höchstgewicht 50 kg) nicht verladen werden können. Das gleiche gilt, wenn von einer Zerkleinerungsmöglichkeit kein Gebrauch gemacht wurde oder Abfälle bereitgestellt werden, die in die für das Grundstück zugelassenen Abfallbehältnisse verfüllt werden können.
- 6) Für sperrige Abfälle, die die in Absatz 1 und 5 genannten Voraussetzungen nicht erfüllen, können besondere Vereinbarungen getroffen werden.
- 7) Soweit sperrige Abfälle durch den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nicht abgefahren werden bzw. auf der Kreismülldeponie Schneeweiderhof nicht angenommen werden können, gilt § 5 Abs. 3 Satz 2 und 3.
- 8) Die sperrigen Abfälle sind an den jeweiligen Abfuhrtagen so bereitzustellen, dass niemand gefährdet wird und die Straßen nicht verschmutzt werden können.

- 9) Für die Abfuhr sperriger Abfälle gilt § 14 Abs. 4, 5, 8, 9 und 10 entsprechend.

§ 16

Getrennte Überlassung von Problemabfällen

- 1) Problemabfälle, die anzunehmen der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach § 4 Abs. 3 LKrWG verpflichtet ist, sind getrennt zu überlassen. § 12 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.
- 2) Für die getrennte Überlassung der Abfälle nach Abs. 1 setzt der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger Sammelfahrzeuge ein. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger bestimmt, welche Abfälle mit Sammelfahrzeugen eingesammelt werden. Die Abfälle sind von dem Erzeuger oder dem Besitzer bzw. einem von ihm Beauftragten zu übergeben.

§ 17

Selbstanlieferung von Abfällen

- 1) Abfälle, insbesondere sperrige Abfälle, Flüssigkeiten, Altfahrzeuge, Altfreifen, Erdaushub, Bauschutt, Klärschlamm mit mindestens 35% Trockensubstanz, Fäkalschlamm, Straßenaufbruch sowie Abfälle, die nicht in zugelassenen Abfallbehältern gesammelt werden können, können im Rahmen der Benutzungsordnung und unter Beachtung weiterer Regelungen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers zu der von dieser bestimmten Anlage oder Sammelstelle verbracht oder einem vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger beauftragten Dritten überlassen werden. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann verlangen, dass Abfälle getrennt nach Wertstoffarten angeliefert werden. Der Transport hat in geschlossenen oder gegen den Verlust des Abfalls in sonstiger Weise gesicherten Fahrzeugen zu erfolgen. Beim Ablagern sind die Weisungen der Beauftragten des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers zu befolgen.
- 2) Mit der Übergabe der Abfälle übernehmen sowohl der Anlieferer als auch der Transporteur die Gewähr, dass ihre Fahrzeuge keine ausgeschlossenen Abfälle enthalten; sie haften unbeschadet der Haftung Dritter für Folgen, die sich aus der Nichtbeachtung dieser Bestimmung ergeben.
- 3) Die Benutzungsordnung kann hinsichtlich der Abnahmeverpflichtung des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers oder sonstiger von diesem beauftragter Dritter

Beschränkungen vorsehen. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann im Übrigen die Anlieferung im Einzelfall regeln.

- 4) §§ 53 ff. KrWG bleibt unberührt.

§ 18

Elektro- und Elektronikaltgeräte

- 1) Besitzer von Elektro- und Elektronikaltgeräten im Sinne des ElektroG (Elektroaltgeräte) aus privaten Haushaltungen sind verpflichtet, diese einer vom restlichen Abfall getrennten Erfassung zuzuführen.
- 2) Elektroaltgeräte können von Endnutzern an den vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bestimmten Sammelstellen abgegeben werden. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann das bestehende System um weitere Erfassungswege erweitern.
- 3) Elektroaltgeräte, die aufgrund einer Verunreinigung eine Gefahr für die Gesundheit oder Sicherheit der Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers darstellen, sind von der Annahme und der Abholung ausgeschlossen.

DRITTER ABSCHNITT

Ordnungswidrigkeiten

§ 19

Ordnungswidrigkeiten

- 1) Ordnungswidrig im Sinne des § 17 Abs. 5 der Landkreisordnung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen einer vollziehbaren Anordnung auf Grund des § 5 Abs. 2 Sätze 2 und 3 einen Nachweis nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder unrichtig erbringt und die Anordnung auf diese Bußgeldbestimmung verweist,
 2. entgegen § 5 Abs. 3 Satz 2 nicht für die Beförderung der Abfälle zu der vom Landkreis bestimmten Anlage sorgt,
 3. entgegen § 5 Abs. 3 Satz 3 seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt,
 4. entgegen § 6 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die Abfallentsorgung des Landkreises anschließt,

5. entgegen § 8 Abfälle zur Verwertung und Abfälle zur Beseitigung nicht getrennt überlässt,
 6. entgegen § 10 Abs. 3 bereitgestellte Abfallbehältnisse oder Abfälle durchsucht oder entfernt,
 7. entgegen § 11 Abs. 1 im Bringsystem Abfälle nicht in der vorgeschriebenen Weise überlässt,
 8. entgegen § 12 Abs. 1 seiner Anzeige- oder Auskunftspflicht nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder unrichtig nachkommt,
 9. entgegen § 13 Abs. 1 die zur Verfügung gestellten Abfallbehältnisse nicht schonend und sachgemäß behandelt, eine Beschädigung oder den Verlust nicht unverzüglich anzeigt,
 10. entgegen § 13 Abs. 3 oder 9 Abfallbehältnisse nicht in ausreichendem Umfang vorhält,
 11. entgegen § 13 Abs. 14 den vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger getroffenen Regelungen für die Standplätze der Abfallbehältnisse nicht nachkommt,
 12. entgegen § 14 Abs. 4 oder 6 Abfallbehältnisse sowie entgegen § 15 Abs. 8 oder 9 sperrige Abfälle nicht rechtzeitig, nicht ordnungsgemäß oder entgegen den getroffenen Regelungen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers bereitstellt,
 13. entgegen § 14 Abs. 5 Abfallbehältnisse oder entgegen § 15 Abs. 9 sperrige Abfälle nicht von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt und sichert,
 14. entgegen § 17 Abs. 1 Abfälle auf den vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern bestimmten Abfallentsorgungsanlagen ablagert,
 15. entgegen § 18 die dort genannten Abfälle nicht bei der jeweiligen Sammelstelle anliefert,
 16. entgegen § 1 Abs. 3 Abfälle, welche nicht aus dem Gebiet des Landkreises Kusel stammen, in den vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger vorgehaltenen Entsorgungseinrichtungen entsorgt.
- 2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,- € geahndet werden.
- 3) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Kreisverwaltung.

VIERTER ABSCHNITT

Inkrafttreten

§ 20

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Abfallsatzung des Landkreises Kusel vom 17.10.2018 außer Kraft.

Kusel, den 22.11.2023

Kreisverwaltung Kusel

Gez. Otto Rubly

Landrat